

Mai/Juni 2016
Fr. 5.-/Euro 5.-



Der schwierige Weg der Opposition





Elísio Macamo ist Professor für Afrikastudien und Sprecher des Zentrums für Afrikastudien an der Universität Basel. Kontakt: elisio.macamo@unibas.ch.

Die Demokratie fordert Afrikanerinnen und Afrikaner heraus, Lösungen für Entwicklungsfragen zu finden. So denken jedenfalls viele, die sich mit afrikanischer Politik befassen. Sich für die Demokratie zu entscheiden, bedeutet meistens, sich für Entwicklung und Wohlstand, politische Stabilität, gute Regierungsführung und Menschenrechte zu entscheiden. Im Umkehrschluss bedeutet die Existenz dieser Probleme (also Fehlentwicklung, Armut, Bürgerkrieg und Korruption), dass sich eine Gesellschaft nicht genügend zur Demokratie bekannt hat. Diese Sicht der Dinge sieht für die Demokratie nicht nur eine instrumentelle Rolle vor. Sie geht von einer fairen Welt aus. Um in dieser Welt erfolgreich zu sein, gilt es nur, das Richtige zu tun. Demokratisch zu sein, ist sozusagen alles.

Auf den ersten Blick scheint dies zu stimmen. Wie so oft, dient dabei Europa als Beispiel. Worauf liesse sich der Wohlstand in (West) Europa zurückführen, wenn nicht auf die Kultivierung der Demokratie? Wo sonst findet man die Versöhnung von politischer Freiheit und kollektivem Wohlstand? Die Möglichkeit, versagende Regierungen friedlich abzusetzen, scheint nicht nur verantwortungsvolles Regieren zu fördern, sondern auch die politische Teilhabe des Volkes sicherzustellen. Beide sind wichtige Voraussetzungen für erfolgreiches Regieren.

Dennoch hinkt der Vergleich gewaltig. Die Wahlverwandtschaft zwischen Demokratie und Wohlstand mag stimmen, aber die Frage, wie der Weg dahin verlaufen ist, scheint immer noch ungeklärt. Man betrachtet die Entwicklung Europas vom Endpunkt her und erzählt sich eine plausible Geschichte darüber, wie es gewesen ist. Der Blick auf Afrika scheint hingegen mehr Fragen aufzuwerfen, als Antworten zu liefern. Dort scheint die Demokratie an Grenzen zu stossen. Die Freiheit verkommt in Ermangelung reeller Verbesserungen der Lebensstandards zur Pluralisierung eigennütziger Standpunkte. Kritik entartet in einer polarisierten Öffentlichkeit zur blossen Verteidigung eigener Überzeugungen. Andersdenkende werden zu Feinden, mit denen zu diskutieren sich nicht lohnt, und die bekämpft werden müssen. Politische Räume, in denen es nur so wimmelt von Parolen wie Korruption, Transparenz, gute Regierungsführung, Armutsbekämpfung usw., eignen sich nicht gerade für eine im Sinne der deliberativen Demokratie auf Diskussion gründende Suche nach der besten Begründung für die Entscheidung zugunsten dieser oder jener Politik.

Die entscheidende Frage hier ist: welche Oppositiionskultur wird unter diesen Umständen möglich? Die Beiträge in diesem Heft sollen eine Annäherung an eine Antwort erlauben. ■

Elísio Macamo

Impressum

Ausgabe 162 | Mai / Juni 2016
ISSN 1661-5603

Das «Afrika-Bulletin» erscheint vierteljährlich im 40. Jahrgang.
Herausgeber: Afrika-Komitee, Basel, und Zentrum für Afrikastudien Basel.

Redaktionskommission: Veit Arlt, Susy Greuter, Elísio Macamo, Barbara Müller und Hans-Ulrich Stauffer

Das Afrika-Komitee im Internet: www.afrikakomitee.ch
Das Zentrum für Afrikastudien im Internet: www.zasb.unibas.ch

Redaktionssekretariat: Beatrice Felber Rochat
Afrika-Komitee: Postfach 1072, 4001 Basel, Schweiz
Telefon (+41) 61-692 51 88 | Fax (+41) 61-269 80 50
E-Mail Redaktionelles: afrikabulletin@afrikakomitee.ch
E-Mail Abonnemente und Bestellungen: info@afrikakomitee.ch

Postcheck-Konto: Basel 40-17754-3

Für Überweisungen aus dem Ausland:
in CHF: Migros Bank, IBAN CH95 0840 1016 1437 3770 7
in Euro: Postkonto, IBAN CH40 0900 0000 9139 8667 9
(Bic SwiftCode: POFICHBEXXX; Swiss Post, PostFinance, CH-3000 Bern)

Mitarbeitende dieser Ausgabe: Veit Arlt (Red.), Susann Baller, Beatrice Felber, Pius Frey, Susy Greuter (Red.), Mohomodou Houssouba, Rita Kesselring, Rolf Paasch, Andreas Mehler, Barbara Müller (Red.), Simon Primus, Jon Schubert, Hans-Ulrich Stauffer, Paul Sutermeister.

Druck: Rumzeis-Druck, Basel

Inserate: Gemäss Tarif 5/99, Beilagen auf Anfrage
Jahresabonnement: Fr. 30.–/Euro 30.–
Unterstützungsabonnement: Fr. 50.–/Euro 40.–
Im Mitgliederbeitrag von Fr. 60.–/Euro 50.– ist das Abonnement enthalten.

Redaktionsschluss Nummer 163: 15. Juli 2016
Schwerpunktthema: Flüsse in Afrika
Schwerpunktthemen der nächsten Ausgaben: Eritrea, Wahrnehmung Afrikas, Bevölkerungsmobilität. Interessierte an einer Mitarbeit sind eingeladen, mit der Redaktion Kontakt aufzunehmen.

Unser Titelbild: Der Cartoon des angolanischen Zeichners Sérgio Piçarra zeigt, woran Oppositionsparteien leiden, respektive was ihnen vorgeworfen wird: Verfolgungswahn, mangelnde Ressourcen, Ernsthaftigkeit, Einheit, Staatssinn, Visionen, Ideen, Initiative, Scham, Organisation – kurz gesagt: ihnen mangelt an allem. Die Schuld dafür wird oft allzu leichtfertig der Regierung zugeschrieben (mit freundlicher Genehmigung des Autors).

Welche Opposition für Afrika?

Wer vermag nachhaltig zu mobilisieren?

Das laufende Jahr ist reich an Wahlen auf dem afrikanischen Kontinent. Drei Abstimmungen gingen in den letzten Wochen über die Bühne – jede auf ihre Weise problematisch. In jeder stand ein bestehendes Machtverhältnis und eine namhafte aber fragmentierte Opposition auf dem Spiel – ein typisches Bild, schreibt Mohomodou Houssouba.

Gerade wurden die Resultate der Präsidentschaftswahlen im Tschad bekannt. Der Sieg des Präsidenten Idriss Deby Itno, der seit 26 Jahren im Amt ist, war keine Überraschung. Im Niger siegte der amtierende Präsident in der Stichwahl mit 92,49 Prozent, nachdem die Opposition zum Wahlboykott aufgerufen hatte, weil ihr Kandidat während der gesamten Wahlkampagne im Gefängnis einsass. Zwei Tage später erklärte sich der Präsident von Kongo-Brazzaville, Denis Sassou Nguesso, als im ersten Wahlgang mit 60 Prozent der Stimmen wiedergewählt. Er ist bereits 32 Jahre an der Macht. Ein machtvoller militärischer Angriff ging seiner Einsetzung voraus und löste Verwirrung aus. Seitdem bombardiert die Luftwaffe eine Zone, in der sich ein Oppositioneller und früherer Anführer im Bürgerkrieg von 1998 bis 2003 versteckt halten soll. Dieses Nachspiel droht das Land im Chaos zu versenken.

Machterhalt anstatt demokratische Verfahren

Diese drei Wahlen scheinen den Schluss nahezulegen, dass in Afrika die Demokratie verfahren und die Opposition rein künstlich sei: Wer die Macht einmal erlangt hat, arrangiert stets deren Erhalt und nutzt die Mittel des Staates, um die Opposition an sich zu binden, zu spalten oder niederzuschlagen.

Allerdings gelingt dies nicht immer. Der zweite Wahlgang in Benin spielte sich gleichzeitig mit dem im Niger ab, und das Szenario war praktisch dasselbe: Verschiedenste Kandidaten stellen sich zur ersten Wahl, die Wahlpalette ist verzettelt. Die Anführer der Oppositionsparteien erweisen sich als unfähig, sich hinter eine einzelne starke Persönlichkeit zu scharen, die eine klare Botschaft mit Alternativen zu den Versprechungen des Regierungslagers überbringen könnte. Dennoch vermag der Kandidat der Oppositionskoalition für das Amt des Premierministers jenen des Präsidenten zu schlagen!

Diese Taktik ist wenig spektakulär, aber wirksam: Alle treten zur Wahl an, unterstützen aber vorbehaltlos denjenigen unter ihnen, der es in die Stichwahl schafft. Die grosse Zahl von Kandidierenden bietet Stimmreserven auf, die im entscheidenden Wahlgang den Ausschlag geben.

Vor den Wahlen in Benin erlebte Westafrika die bewegte Geschichte der Präsidentschaftswahl in Burkina Faso (siehe Afrika-Bulletin Nr. 157 und 161). Das burkinische Modell gleicht in manchem den früheren Ereignissen im Senegal. Davon ist in diesem Heft auf Seite zehn zu lesen.

Mangelnde Reputation der Führer

Diese sechs Fälle reichen allerdings nicht aus, um die Komplexität der oppositionellen Dynamik auf dem Kontinent zu beschreiben. In Afrika wie andernorts leidet die Politik unter dem schlechten Ansehen ihrer Politiker. Wenige, ob in der Opposition oder an der Macht, verfügen über ein Kapital an Achtbarkeit, das ihnen erlaubt, eine Botschaft überzeugend an die Wähler zu bringen. Da sie im Verdacht stehen, vornehmlich ihren eigenen Interessen zu dienen, vermögen sie die Bevölkerung kaum je für ein gemeinsames Ziel zu mobilisieren – insbesondere nicht die Jugend. Zwielfichtige Beziehungen zwischen Opposition und Macht komplizieren die Situation. Manchmal sind Oppositionelle eigentlich nur Verbündete, die von der Gnade gefallen sind, ein andermal praktizieren sie als Teilhaber an Übergangs- oder Einheitsregierungen «Transhumanz» zwischen Widerstand und Machtpraxis. Dieses Hin und Her verwischt die geraden Linien und nährt die Apathie des Normalbürgers. Wo die Opposition nicht über einen beständigen Rückhalt in einer mobilisierbaren Bevölkerung verfügt, braucht die Regierung kaum Boykott-Aufrufe oder Aufmärsche zu fürchten. Sie hat die Mittel, die ersten Unmutswellen zu unterdrücken – auch auf das Risiko einer Verurteilung durch die «internationale Gemeinschaft» hin. Wird es ruhig, wird diese sich schlussendlich mit der herrschenden Equipe arrangieren.

Technologie und Jugend spielen Schlüsselrollen

Seit dem Jahr 2000 nimmt die Jugend eine neue Schlüsselrolle ein. Sie nutzt die neuen Technologien, um Informationen und Resultate in Echtzeit zu übermitteln, gleich der Erfassung der Auszählungen in gewiefen Demokratien. In Senegal haben die abgewählten Präsidenten innert zwölf Jahren die Schlacht um Köpfe und Wahlen verloren. Das heisst, dass ein Minimum an juristischen Hürden und ein öffentlicher Diskurs erlauben, die Staatsoberhäupter in ihren extremsten Gelüsten zu bremsen.

Wenn aus den ermutigenderen Fällen eine weitere Lektion zu ziehen ist, dann jene, dass die politische Reife eines Landes vielmehr von Solidaritätsbänden abhängt, die stärker und beständiger sind als Parteiinteressen. In Burkina Faso wie im Senegal liegt die Kraft der Opposition eher in der Existenz von politisierten Bewegungen. Häufig sind sie Träger einer glaubhafteren Botschaft des Widerstandes, weil sie den Alltagsproblemen der gewöhnlichen Bürger Nachhall geben. So gelingt es Bewegungen wie dem «Balai citoyen» und «Y'en a marre», die Wählerschaft nachhaltiger zu mobilisieren, sie hinter die Opposition zu scharen und damit einen Wandel zu erzwingen, der anderswo unmöglich scheint. ■

Mohomodou Houssouba ist freier Schriftsteller und assoziiert mit dem Zentrum für Afrikastudien Basel. Als promovierter Literaturwissenschaftler mit einem besonderen Interesse für Sprache ist er ein feinsinniger Beobachter des Zeitgeschehens. Kontakt: mh@bollag-areal.ch

Oppositionsparteien in Afrika

Eine oftmals frustrierende Alltagserfahrung

Nach ersten Erfolgen bleibt in vielen Staaten Afrikas Opposition weiterhin ein frustrierendes Unternehmen. Der Politikwissenschaftler Andreas Mehler beschreibt Trends, Schwierigkeiten und Chancen und schreibt den Oppositionsparteien auch in Zukunft eine wichtige Rolle zu.

Die heroischen Zeiten der Demokratiebewegung in Afrika sind vorbei: In den frühen 1990er Jahren kämpften verschworene Gemeinschaften aus der Klandestinität heraus gegen etablierte Einheitsparteien, die eng mit der Staatsmacht verbandelt waren. In einigen Staaten hatten sie Erfolg, z. B. in Benin, Ghana, Malawi oder Zambia: Machtwechsel durch Wahlen fanden zwischen 1990 und 1994 in 16 Staaten südlich der Sahara statt, Oppositionsparteien kamen an die Macht. In anderen Staaten hatten sie – oft in enger Abstimmung mit zivilgesellschaftlichen Gruppen (Journalistenverbänden, Anwaltskammern und ähnlichen) – immerhin erreicht, dass überhaupt erst Parteienpluralismus eingeführt wurde. Aber dann änderte sich wenig, die ehemaligen Einheitsparteien klammerten sich erfolgreich an die Macht. Opposition wurde ein frustrierendes Alltagserlebnis: In Kamerun, Togo oder Uganda ist es bis heute fast undenkbar, dass Oppositionsparteien an die Macht kommen könnten, jedenfalls an die ganze. Auch in den etwas mildereren «elektoralen» Autokratien, z. B. Gabun oder Tanzania, sind die Aussichten auf Machtwechsel gering. Während viele kleinere Parteien nur wenige Jahre in der Opposition überlebten, schafften es dennoch einige, sich bis heute als nennenswerte Größe im politischen Spiel zu etablieren, auch wenn es selten ohne Krisen abging. Die Social Democratic Front in Kamerun ist ein etwas bekannteres Beispiel dafür.

Von der Gewaltoption profitiert keine Partei

In einigen Staaten zogen Politiker aus dieser Perspektivlosigkeit die Konsequenz, in den bewaffneten Kampf um die Macht einzutreten. «Politisch-militärische Unternehmer» wie Michel Djotodia in der Zentralafrikanischen Republik, Moïse Kotto im Tschad oder Guillaume Soro in der Côte d'Ivoire wählten diesen Weg und in diesen ausgewählten Fällen auch mit Erfolg: Übergangspräsident, Minister für Innere Sicherheit oder Parlamentspräsident – die Gewaltoption kann sich individuell gesehen lohnen. Eine Partei aber profitierte davon nicht. Etwas anders gelagert sind die Fälle, in denen konsolidierte Befreiungsbewegungen an die Macht kamen und alles dafür taten, damit sie nicht an der Wahlurne verlieren, was sie mit der Waffe in der Hand erkämpft haben: Opposition in Äthiopien, Zimbabwe oder – ganz aktuell – in Burundi bedeutet Leben unter Generalverdacht und tägliche Anfeindung. In den letzten 20 Jahren endete kaum ein afrikanischer Bürgerkrieg mit einem Sieg, sondern mit einem Machtteilungsarrangement. Auch dies war selten gut für Oppositionsparteien: Wenn solche zivilen Organisationen mit Rebellenbewegungen um den Zugang zur Macht konkurrieren mussten, wurden sie in der Regel von internationalen Vermittlern ignoriert und bestenfalls mit marginalen Ämtern abgespeist.

Fehlende Patronagemöglichkeiten

Diese drei Hauptkonstellationen (Machtwechsel durch Wahlen, durch Gewalt oder aber das permanente Einrichten in der Opposition) zeigen, dass die Voraussetzungen für mehr oder minder erfolgreiche Oppositionspolitik in Afrika doch sehr unterschiedlich sind. Dennoch scheint es einige Gemeinsamkeiten zu geben, die vermutlich auf den politökonomischen Kontext zurückzuführen sind. Machtbeteiligung bedeutet eben auch Beteiligung an staatlichen Pfründen, die wiederum an Anhänger verteilt werden können. Klientelbeziehungen bleiben in vielen afrikanischen Gesellschaften ein zentraler Faktor der Politik und ein permanenter Ausschluss von Patronagemöglichkeiten ist daher ein Haupthindernis für Oppositionsparteien, um überhaupt zum Zuge kommen zu können. In seltenen Fällen haben Unternehmer Oppositionsparteien finanziell unterstützt, oft gerade mal für eine Wahl – sie konnten es sich nicht leisten, andauernd in Konfrontation zu einem Regime zu stehen, das die wichtigen Aufträge und Exportlizenzen verteilt. Während einige Staaten anerkannten Parteien eine Basisfinanzierung gewähren, oder wenigstens in Wahlkämpfen eine begrenzte Summe zur Verfügung stellen, steht es um eine Finanzierung aus Mitgliedsbeiträgen oder Spenden doch sehr schlecht.

Wie steht es mit der gesellschaftlichen «Verankerung» von Oppositionsparteien? Parteien mit einer jahrzehntelangen Existenz haben diese ganz sicher, oft über die Strahlkraft lokaler «big men» oder auch durch eine eher ethnisch oder religiös definierte Anhängerschaft. Wichtigere Oppositionsparteien in fast allen afrikanischen Staaten werden mindestens vom politischen Gegner mit ethnisch-regionalen Interessen assoziiert, teilweise auch mehrheitlich von entsprechenden Gruppen gewählt. Allerdings ist die Gründung von Parteien auf ethnischer Basis in vielen Staaten explizit verboten – in 40 Staaten gibt es seit den 1990er Jahren entsprechende Regularien, mindestens zwölf Parteien wurden bislang auf solcher Grundlage aufgelöst. Das sind aber weit weniger als die «Verdachtsfälle»; manchen Regierungsparteien kommt es sehr gelegen, ihre Gegner auch weiterhin als ethnische Splitterparteien diffamieren zu können. Regionale Hochburgen zu haben, ermöglicht es aber vielen Oppositionsparteien immerhin, Wahlniederlagen auf nationaler Ebene zu überleben: Abgeordnetenmandate, mitunter auch ein Bürgermeisteramt, erlauben es, in der Öffentlichkeit aufzutreten, ein Forum zur Selbstdarstellung zu haben, über ein relativ gutes Einkommen und Einfluss zu verfügen.

Wichtige Rolle auch ohne Partizipation

Oppositionsparteien haben – auch dort, wo sie keine Macht auf nationaler Ebene erringen konnten, eine wichtige Funktion in der Repräsentation sozialer Interessen: wenigstens symbolisch ist es vielen gelungen, Interessen zu bündeln und für einige Schlagworte zu stehen, selbst wenn die Programmatik manchmal dürftig war und ist. Substanzielle Repräsentation allerdings gelang selten: Konsequenzen oppositioneller Einwirkung bei der Planung etwa von Infrastrukturprojekten können schwer identifiziert werden. Vielmehr konnte es passieren, dass «oppositionelle» Regionen eher von Regierungen «abgestraft» als «eingekauft» wurde. Das



Oftmals bekunden Parteiführer Mühe mit interner Konkurrenz. Ni John Fru Ndi von der kamerunischen SDF mobbte seine Rivalen aus der Partei (Bild: Mbiele Happi 2011).

mag auch damit zu tun haben, dass Oppositionsfraktionen im Parlament selten in der Lage sind, mit begrenzten Ressourcen fundierte Positionen gegen Regierungsvorlagen zu erarbeiten. Nur bei knappen Mehrheitsverhältnissen sind afrikanische Oppositionsparteien in der Lage, Regierungen eine parlamentarische Niederlage zuzufügen.

In afrikanischen Oppositionsparteien steht es oft schlecht um parteiinterne Demokratie. Der Personenkult um heroische Widerstandskämpfer geht gerne einher mit hartem Vorgehen gegen mögliche Rivalen um das Spitzenamt der Partei. Ein bedrückendes Beispiel liefert Kamerun: Ni John Fru Ndi, der Parteichef der kamerunischen SDF, schaffte es, so ziemlich alle ernsthaften Rivalen aus der Partei zu mobben, mit fatalen Folgen für das intellektuelle Niveau und die Wahlchancen der Partei.

Was Oppositionsparteien ihr Leben im 21. Jahrhundert aber auch erschwert hat, war ein deutlich schlechteres internationales Umfeld. Eine «Gebermüdigkeit» stellte sich ein, als vielerorts Demokratie trotz starken Engagements ausgeblieben war. Gerade die direkte Parteienförderung wurde als politisch heikel und wenig ertragreich angesehen. Mit 9/11 kam hinzu, dass sich gerade die USA stärker auf Terrorbekämpfung ver-

legte und es für autokratische Regierungen leichter wurde, ihre Opposition eben als Terroristen zu diffamieren, um sie ohne grosse Reaktion aus dem Ausland zu drangalieren.

Die Opposition verjüngt sich

Aber es ist nicht ausgeschlossen, dass sich die Zeiten wieder ändern. Das Schwanken des Bürgers zwischen Engagement und Enttäuschung (oder Gemeinwohlorientierung und Rückzug ins Private) ist in der Logik von Albert O. Hirschman konjunkturellen Schwankungen unterworfen und kann auch eine Generationenfrage sein. Inzwischen sind viele der Väter der afrikanischen Opposition der frühen 1990er Jahre entweder abgetreten oder auch gestorben. Eine neue Generation von Oppositionspolitikern ist entstanden, die nach neuen Allianzpartnern in der Zivilgesellschaft sucht. Als gemeinsame Themen eignen sich nicht mehr nur die bürgerlichen Freiheiten, sondern auch Zugang zu Land, Zugang zu Justiz und der Verbraucherschutz. Aller Voraussicht nach werden Oppositionsparteien einen wichtigen Faktor im politischen Spiel afrikanischer Länder spielen, ähnliches würde man nicht mit gleicher Sicherheit für die arabische Welt oder weite Teile Asiens annehmen...

Andreas Mehler leitet seit 2015 das Arnold-Bergstraesser-Institut und ist Professor für Entwicklungstheorien und Entwicklungspolitik in Freiburg im Breisgau. Kontakt: andreas.mehler@abi.uni-freiburg.de

Ghana

Starke Strukturen – aber reicht es für die Macht?

Das westafrikanische Ghana weicht politisch von vielen anderen Staaten der Region ab. Ghana hat nicht nur eine hochkompetitive Demokratie, sondern verfügt auch über ein stabiles Parteiensystem mit zwei grossen etablierten Parteien. Das Abschneiden der Opposition bei den anstehenden Wahlen im November 2016 wird zeigen, ob der enge Wettbewerb um die politische Führung des Landes langfristig erhalten bleibt, schreibt Simon Primus vom Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft an der Universität München.

Die zentrale Basis für den intensiven politischen Wettbewerb in Ghana ist das stabile Parteiensystem mit zwei grossen Parteien, die auf langfristige politische Traditionen bauen und über national verzweigte Organisationsstrukturen verfügen. Der National Democratic Congress (NDC) ist seit 2008 Ghanas Regierungspartei und war bereits zuvor von 1992 bis 2000 an der Macht. Er ist aus der vordemokratischen Militärregierung hervorgegangen und leitet so gesehen seit 1982 mit einer kurzen Unterbrechung die politische Geschichte Ghanas. Die Partei hat sich freilich weiterentwickelt und sieht sich heute in der sozialistischen Tradition von Unabhängigkeitsführer Kwame Nkrumah. Auf der Oppositionsbank sitzt aktuell die New Patriotic

Die mit Abstand bedeutendsten Wahlen in Ghana sind die alle vier Jahre stattfindenden Präsidentschaftswahlen, da der Präsident qua Verfassung die zentrale Machtposition im Staate besitzt. Seit 2000 trennten die beiden grossen Parteien jeweils nur wenige Prozentpunkte, und die Regierungswechsel 2000 und 2008 ergaben sich erst nach Stichwahlen, weil keiner der Kandidaten die nötigen 50 Prozent im ersten Wahlgang erreichen konnte. Die nächsten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Ghana finden im November 2016 statt. Grundsätzlich hat die Opposition gute Aussichten, die Präsidentschaft bei diesen Wahlen zurückzuerobieren.

Obwohl sie von 2000 bis 2008 das Land regiert hat, kann die NPP als Ghanas langfristige Opposition gesehen werden. Verglichen mit der NDC, die ja als Nachfolgeorganisation der Militärregierung de facto seit 1982 mit kurzer Unterbrechung die Macht im Land innehatte, fällt ihre Regierungserfahrung gering aus. Und trotz der knappen Wahlausgänge bleibt abzuwarten, ob es eine langfristige Machtperspektive für die NPP gibt oder ob die achtjährige Präsidentschaft nur ein einmaliges Intermezzo war.

Struktur und Organisation der NPP

Trotz ihrer bis zur Unabhängigkeit zurück reichenden Tradition ist die NPP eine recht junge Partei und wurde erst 1992 nach der Einführung der Mehrparteiendemokratie gegründet. Für eine afrikanische Oppositionspartei ist sie aber aussergewöhnlich gut in der Gesellschaft verankert. Nahezu in jedem Dorf in Ghana findet man irgendwo die rot-weiss-blaue Flagge mit dem blauen Elefanten: das Parteilogo der NPP. Die Partei unterhält Büros und Ortsverbände in allen Wahlkreisen Ghanas und die lokalen Vertreter sind oft durchaus bekannt. Die starken Strukturen sind allerdings nicht nur Segen, sondern auch Fluch. So fällt es der Partei schwer, die regionalen Partikularinteressen im innerparteilichen Demokratieprozess zu integrieren. Heftige öffentliche Auseinandersetzungen innerhalb der Führungszirkel sind keine Seltenheit. Ein negativer Höhepunkt war ein tödliches Säureattentat auf den Regionalvorsitzenden der Upper East Region im Mai 2015, der sich zuvor heftig mit der nationalen Führung angelegt hatte. Die Hintergründe wurden nicht vollständig aufgeklärt, gemeinhin wird vermutet, dass die Tat durch den innerparteilichen Disput motiviert war. Trotz solcher Probleme sind die guten Organisationsstrukturen aber letztlich vor Allem ein Garant für die Stabilität der Partei und bergen enormes Potential für die landesweite Mobilisierung von Wählern.



Wird es der New Patriotic Party dieses Jahr gelingen, die Wahlen zu gewinnen, oder war ihre Regierungszeit von 2000 bis 2008 ein Ausreisser? Im Bild eine Parteirally der NPP in Accra im Jahr 2012. (Bild: mirpo.blogspot.com).

Party (NPP). Sie beruft sich ebenfalls auf zwei bedeutende Persönlichkeiten der Unabhängigkeitsbewegung, namentlich Kofi Busia und Joseph Danquah. In Abgrenzung von den sozialistisch geprägten «Nkrumahisten» wird die Busia-Danquah-Tradition mit Marktliberalismus und Rechtsstaatlichkeit assoziiert. Tatsächlich liegen beide Parteien heute ideologisch sehr nahe beieinander und verfolgen grundsätzlich eine marktliberale auf Wachstum und Entwicklung zielende Politik. Die beiden politischen Traditionen fungieren aber als wichtige Referenzpunkte bei der Mobilisierung und Bindung von Wählern und sind Garant für die Stabilität des ghanaischen Parteiensystems.

Programmatik und Wählergruppen der NPP

Programmatisch versucht die NPP vor allem mit hoher wirtschaftlicher Kompetenz zu punkten und setzt sich für ein besseres unternehmerisches Umfeld und den Abbau von Wirtschaftshindernissen ein. Gleichzeitig hat die Partei im Verlauf der vergangenen Dekade aber auch zunehmend soziale Themen besetzt, um so auch ärmere Bevölkerungsgruppen anzusprechen. Zentrales Wahlkampfthema 2012 war die Abschaffung der Gebühren für die Senior High School unter dem Slogan «Free SHS». Das Versprechen zielte insbesondere auf die weniger wohlhabenden Schichten, denen das Geld fehlt, um ihre Kinder in die High School zu schicken.

Die NPP hat grundsätzlich eine regional und sozial breite Wählerschaft. Allerdings gibt es einige Auffälligkeiten. Besonders erfolgreich ist die Partei bei gebildeten und urbanen Wählern. Insbesondere Menschen mit universitärer Ausbildung neigen deutlich stärker zur NPP als zur NDC. Besonderen Rückhalt hat die NPP zudem in der Ashanti-Region, wo jeweils mit Verlässlichkeit deutliche Mehrheiten erzielt werden; in vielen Distrikten mehr als 90 Prozent. Die Region ist deckungsgleich mit dem gleichnamigen Königreich, das auf die vorkoloniale Zeit zurückgeht und die bevölkerungsreichste Region Ghanas ist. Unter dem Schirm des ghanaischen Staates wird die Monarchie bis heute gepflegt, genauso wie die eigene Identität. Hinzu kommt ein ausgeprägter Unternehmergeist: Ghanas Businesselite spricht zu meist «Twi», die Sprache der Ashantis. Die NPP und die ihr zu Grunde liegende Busia-Danquah Bewegung sind eng verbunden mit genau diesen Eliten, was auch die traditionell marktliberale Ausrichtung der Partei erklärt. Lange hatte die Partei ihr Spitzenpersonal hauptsächlich hier rekrutiert. Neben dem Rückhalt aus der Region birgt die Verbindung aber auch Gefahren, da die Assoziation mit einer bestimmten ethnischen Gruppe Wähler in den entscheidenden Swing-Regionen abschreckt. So ist man zunehmend bemüht, dieses Bild zu zerstreuen und rekrutiert sein Personal inzwischen aus allen Teilen des Landes. Vizepräsidenten kandidat Mahamudu Bawumia ist z. B. aus dem Norden und für viele der wichtigste Hoffnungsträger für die langfristige Zukunft der Partei

Besonders schwer tut sich die Partei in einigen ländlichen Gebieten. Neben der Volta-Region im Südosten, die schon immer fest in der Hand der NDC war, hat die Partei zunehmend Probleme in den beiden nördlichen Regionen Upper West und Upper East. Diese Regionen sind wirtschaftlich besonders schwach und, genau wie die Volta-Region, sehr ländlich geprägt. Die NPP hatte hier bei den letzten Wahlen hohe Stimmverluste hinzunehmen. Vor dem Hintergrund der relativen Armut der Regionen liegt der Verdacht nahe, dass die Regierungspartei im Norden politische Loyalität mit informell verteilten öffentlichen Mitteln erkaufte. Für die NPP könnte es sehr schwer werden, diese Stimmen zurückzugewinnen.

Aussichten der NPP bei den Wahlen 2016

Die Präsidentschaftswahl 2016 wird ein entscheidender Test für die langfristige Machtperspektive der Opposition. Die Ausgangslage für die NPP könnte kaum besser sein: Nach vielen Boom-Jahren erlebt Ghana in dieser Legislaturperiode eine in der demokratischen Geschichte beispiellose Wirtschaftskrise. Die Vernichtung unzähliger Jobs und eine explodierende Inflation sind nur zwei von zahlreichen direkten Folgen für die Bevölkerung. Verlässliche Umfragedaten des Afrobarometers von 2015 zeigen eine historisch hohe Unzufriedenheit und sagen eine deutliche Mehrheit für die oppositionelle NPP voraus.

Es bleibt jedoch offen, ob es der NPP gelingen wird, diese gute Ausgangsposition zu nutzen. So ist die Wirtschaftskrise zwar noch nicht ausgestanden aber Abschwung und Inflation konnten zumindest gestoppt werden. Sollte der Regierung 2016 eine positive Bilanz gelingen, könnte die politische Stimmung möglicherweise noch kippen. Hinzu kommen die systematischen Schwächen der NPP. Falls die NDC ihre in den letzten Jahren gewonnene Vormachtstellung in den beiden Provinzen Upper East und Upper West verteidigen kann, fehlen der NPP, im Vergleich zu den Wahlsiegen 2000 und 2004, wichtige Stimmenanteile. Insgesamt ist davon auszugehen, dass die NDC durch ihren Zugriff auf Regierungsressourcen einen Vorteil im Wahlkampf hat. Politischer Klientelismus ist gerade im ländlichen Bereich durchaus verbreitet.

Eine weitere Gefahr für die NPP sind innerparteiliche Probleme. Die Partei steht keineswegs geschlossen hinter Präsidentschaftskandidat Nana Akufo-Addo, der seit 2008 bereits zwei Wahlen verloren hat. Andauernde öffentliche Streitigkeiten könnten die Regierungsfähigkeit der NPP grundsätzlich in Frage stellen und Stimmen kosten.

Man muss von einer knappen Wahl ausgehen. Vor dem Hintergrund der vielversprechenden Umfragewerte wäre eine Niederlage sehr schmerzhaft für die NPP und würde die Frage aufwerfen, ob die Opposition in Ghana überhaupt eine langfristige Machtperspektive hat. Im Lichte der guten Organisationsstrukturen und der langen politischen Tradition wird die NPP aber unabhängig davon auch in Zukunft eine einflussreiche politische Kraft in Ghana bleiben – sei es als starke Opposition oder als Regierungspartei. ■

Angola

Zunehmende Kritik am Präsidenten

Obwohl Oppositionsparteien zunehmend ihre Stimme und Rolle finden, werden sie im Parlament von der Regierungsmehrheit erdrückt. Jon Schubert schreibt, dass es sich lohnt, stattdessen dem in einer breiteren Bevölkerung keimenden Widerstand nachzugehen.

Am 11. März 2016 kündigte Angolas langjähriger Präsident, José Eduardo dos Santos, anlässlich der 11. Ordentlichen Sitzung des Zentralkomitees der Regierungspartei MPLA an, er werde sich 2018 «aus dem aktiven politischen Leben zurückziehen». Die Ankündigung wirft mehr Fragen auf, als sie beantwortet – die nächsten Wahlen sind 2017, und noch ist kein offizieller Nachfolger in Sicht – wird aber kurzfristig wohl den Druck auf den Präsidenten und seine Familie mindern.

In der Tat, seit dem Fall der Erdölpreise auf dem Weltmarkt im Herbst 2014 steckt das angolansiche Regime tief in der Krise. Nachdem die Benzin- und Dieselsubventionen wiederholt gekürzt wurden, und die Importeure auf Bergen immer wertloseren Kwanzas sitzen ohne Zugang zu Dollars zu haben, sind die Lebensmittelpreise weiter in die Höhe geschossen. Die Regierung hat einen Einstellungsstopp im öffentlichen Dienst verhängt und den Ministerien Einsparungen von 75 Prozent verordnet. Wirtschaftszweige wie der Tief- und Hochbau, die am Tropf des Erdöls hängen, stehen still.

Wachsende Kritik am Präsidenten

Und so werden in Angola vermehrt Stimmen laut, die die miserable aktuelle Situation direkt dem Präsidenten und seiner Familie ankreiden, die für die grassierende Korruption, die Plünderung öffentlicher Gelder, und die allgemeine Misswirtschaft verantwortlich gemacht werden. Dies schliesst nicht nur die parteipolitische Opposition ein, sondern auch vermehrt bisher «unpolitische» Bürgerinnen und Bürger, sowie etablierte Stimmen innerhalb der Regierungspartei.

Die sichtbarste Herausforderung für das Regime sind die jungen «Revús» (Kurzform für Revolutionäre), eine lose Gruppierung junger Studierender, Rapper und Quartieraktivisten, die seit Anfang 2011 mehr oder weniger erfolgreich versuchen, öffentliche Proteste gegen den Präsidenten zu organisieren. Gegen diese und andere «inneren Feinde» geht das Regime mit aller Härte vor. Nachdem sie beinahe ein Jahr in Untersuchungshaft verbracht haben, wurden unlängst die «15+2 Aktivisten» zu Haftstrafen zwischen zwei und acht Jahren verurteilt. Begründung: sie wurden letztes Jahr «in flagranti erwischt», wie sie Bücher zu gewaltfreiem Widerstand gegen repressive Regimes lasen. Dies wurde von der Staatsanwaltschaft als «vorbereitender Akt der Rebellion» und «Vereinigung von Übeltätern» interpretiert. Der Anklagepunkt des versuchten Attentats auf den Präsidenten wurde nur widerstrebend fallengelassen. Doch auch die Beweisführung für die restlichen Anklagepunkte spottete jeglichen verbleibenden Scheins von Rechtsstaatlichkeit.

Mittelschicht meldet sich zu Wort

Mittlerweile verbreiten sich die Unzufriedenheit und die Kritik am Regime jedoch auch innerhalb jener städtischen sozialen Gruppen, die historisch die Basis der MPLA stellten. Selbst jene wenigen Angehörigen der privilegierten Mittelschicht, die zu einem gewissen Grade vom «Trickle-Down-Effekt» der Reichtümer der Elite profitiert und den Status Quo trotz fundamentaler Demokratiedefizite unterstützt haben, stellen nun vermehrt die Regierungsführung öffentlich in Frage. Sie erleben, dass die Elite ihre ursprünglichen Versprechen des wirtschaftlichen Aufschwungs für alle verraten hat und die schamlose Bereicherung einer verschwindend kleinen eingeschworenen Gruppe perpetuiert. Auch sind sie nicht länger bereit wegzuschauen, wenn die Regierung mit höchster Brutalität gegen Aktivisten vorgeht.

Oppositionsparteien werden aktiver

Diese forschere Haltung haben auch Oppositionsparteien angenommen: seit dem Vorlauf zu den Wahlen von 2012 haben die grösste Oppositionspartei UNITA und die neue, «dritte» Partei CASA-CE eine aktivere Rolle gefunden, und sich kritisch gegenüber der Politik der Regierung positioniert. Trotz beachtlicher Wahlgewinne werden sie jedoch im Parlament von einer absoluten Mehrheit der MPLA «erstickt» und haben keine Mittel, die Regierung durch demokratische Mechanismen zur Rechenschaft zu ziehen. Während das Parlament Präsidentenbeschlüsse abnickt, die Justiz am Gängelband der Regierung hängt, und die Revús im Gefängnis um ihre Freiheit und ihr Überleben kämpfen, ist es darum auf Dauer erhellender, sich die politische Bewusstseinsbildung in sozialen Gruppen anzuschauen, die nicht a priori politisch aktiv sind. Auch in Angola haben Bürgerinnen und Bürger heute substantielle Erwartungen an die Demokratie und die Leistungen, die ein «moderner Staat» für seine Angehörigen erbringen sollte.

Es ist bislang müssig, zu spekulieren ob und wie dieses neue politische Bewusstsein seinen Niederschlag in den nächsten Wahlen von 2017 finden wird – speziell in einem Wahlsystem wie Angola, das so offensichtlich zu Gunsten der Regierungspartei verzerrt ist. Das Auftauchen einer neuen Art von öffentlichem politischem Diskurs und die Bildung einer neuen, politisch aktiven «Mittelschicht» in den Städten lassen jedoch auf eine eventuelle Neuordnung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse hoffen. ■

Jon Schubert ist politischer Anthropologe und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Global and European Studies Institute der Universität Leipzig, wo er sich mit Fragen von Staatlichkeit insbesondere im lusophonen Afrika befasst. Nach seinem Master am Zentrum für Afrikastudien Basel erwarb er sein PhD in African Studies an der University of Edinburgh. Kontakt: jon.schubert@uni-leipzig.de

Zambia

Funktionierende Opposition am Puls der Rohstoffmärkte

Zwei Aspekte zeichnen Zambias Oppositionslandschaft heraus: Immer wieder schafft es eine neue Partei den Präsidenten zu stellen, wobei Regierungswechsel meist ohne grössere Gewalt verlaufen. In dem Land, dessen Schicksal seit einem Jahrhundert vom Rohstoffsektor und den globalen Rohstoffpreisen abhängt, geht die Wahl einer Oppositionspartei an die Spitze der Regierung zudem oft mit einer misslichen Wirtschaftslage einher. Zweitens haben verschiedene Verfassungsänderungen nicht unbedingt die Machtverhältnisse zementiert wie in anderen afrikanischen Ländern, sondern Raum für Veränderungen geschaffen, beobachtet Rita Kesselring.

Die United National Independence Party (UNIP) unter der Führung von Kenneth Kaunda dominierte während der ersten 27 Jahre nach der Unabhängigkeit die politische Landschaft Zambias. Unter dem Druck der Bevölkerung und nach einer Verfassungsänderung waren 1991 erstmals seit 18 Jahren wieder mehrere und auch ausserparteiliche Präsidentschaftskandidaten zugelassen. Die Organisation Movement for Multi-Party Democracy (MMD), die Hauptopposition mit Basis bei den Gewerkschaften, gewann und Frederick Chiluba löste Kaunda ab.

Fluktuierende Rohstoffpreise

Die MMD regierte zwanzig Jahre lang – erst unter Chiluba, dann ab 2001 unter Mwanawasa und, nach dessen Tod im Jahr 2008, unter Banda. Während die Rohstoffpreise in den 1990er Jahren noch tief waren, stiegen sie in den 2000er Jahren rasant an. Die ehemals staatlichen Betriebe waren aber inzwischen auf Druck der Weltbank und des IWF allesamt in privater Hand und mit weitreichenden Steuer- und anderen Verträgen ausgestattet, welche die Konzerne von vielen sozialen Leistungen im Land entbinden.

In dieser wirtschaftlich sehr schwierigen Phase hatte sich die neue Oppositionspartei Patriotic Front (PF) 2001 von der MMD abgespalten: nachdem Chiluba (MMD) die Möglichkeit einer dritten Amtszeit nicht in der Verfassung verankern konnte, nominierte er Mwanawasa als seinen Nachfolger, worauf Michael Sata frustriert die PF gründete. Seit 2006 dominieren drei Parteien die politische Landschaft: die schwächelnde MMD mit ihrer Wählerbasis in ländlichen Regionen, die PF mit Unterstützung in den Townships und die UNIP (siehe unten) mit städtischen Anhängern und Bürgerinnen aus dem Südwesten Zambias.

Im Jahr 2011 kam die PF unter Sata mit dem Versprechen an die Regierungsspitze, Steuern zu senken, Jobs zu schaffen, sich für die Armen und Arbeiter einzusetzen, dem Ethnopolitismus ein Ende zu setzen und die Verfassung zu reformieren. Das Versprechen klang machbar in ökonomisch guten Zeiten; der Kupferpreis war auf einem historischen Hoch. Nach monatelangem Rätselraten, was Satas Gesundheit und Aufenthaltsort betraf, verstarb dieser im Oktober 2014 im Amt, wie schon zwei Präsidenten vor ihm. Das erste Jahr unter Edgar Lungu (PF), der nach internen Machtkämpfen durch eine Ersatzwahl im Januar 2015 die Führung übernahm, war gezeichnet von Fraktionsstreitigkeiten innerhalb der Partei. Lungu präsentiert sich als visionsloser aber treuer Anhänger Satas.



Wahlen versprechen Spannung

Am 11. August 2016 finden reguläre Wahlen statt. Es zeichnen sich überraschende Allianzen ab, denn ein nicht zu unterschätzender Faktor ist die neue Verfassungsklausel des Mehrheitswahlrechts (50+1). Die PF nimmt Überläufer aus anderen Parteien mit offenen Armen auf und lässt im Tausch dafür Anklagen wegen Amtsvergehen fallen. Der Verlierer des PF-internen Kräfteressens, Miles Sampa, gründete vor kurzem die Democratic Front. Die Hauptoppositionspartei im Rennen um das Präsidentschaftsamt ist aber die United Party for National Development (UPND) unter Hakainde Hichilema. Dieser erfolgreiche Geschäftsmann verspricht die wirtschaftliche Befreiung und den Einschluss der Nord- und Südwestregion in die nationale Politik.

Für Zambier ist funktionierende Oppositionspolitik nicht notwendigerweise ein Garant für gute öffentliche Dienstleistungen. Die Vorzüge der autoritären UNIP-Regierung werden immer wieder betont; es gab damals weder parteipolitische noch ethnisierte Querelen, welche Entwicklungsprozesse blockierten. Während die Konsequenzen tiefer Kupferpreise zwar den Raum für Kritik an der jeweiligen Regierungspartei (z. B. wegen Korruption) öffnen, prangert jedoch keine der Parteien ernsthaft die Übermacht der Konzerne an; allenfalls wird ein wenig am Steuersystem geschraubt. Die Arbeitsplätze im Bergbausektor und die Stimmen der Arbeiter sind zu wertvoll um sie aufs Spiel zu setzen. ■

Der Oppositionsführer Hakainde Hichilema (UPND) besucht die traditionelle Oppositionsprovinz Nordwest (Bild: Rita Kesselring 2015).

Rita Kesselring lehrt am Ethnologischen Seminar der Universität Basel und forscht zu Sozialität und gebauter Umwelt in neuen Bergbaustädten der Nordwestprovinz Zambias. Kontakt: rita.kesselring@unibas.ch

Senegal

Opposition, Spaltungen und «Transhumanz»

Seit 1981 verfügt Senegal über ein uneingeschränktes Mehrparteiensystem. Lange gab es eine klare Opposition. Doch inzwischen führt die hohe Zahl an Parteien zu einer Zersplitterung. Opposition liegt in den Händen sozialer Bewegungen, schreibt Susann Baller.

Senegal gehört zu den Ländern Afrikas mit der längsten Tradition politischer Parteien. Blaise Diagne wurde 1914 als erster Abgeordneter ins französische Parlament gewählt. Die erste politische Partei war 1929 der *Parti socialiste sénégalais* (PSS), später eine Sektion der französischen *Section française de l'Internationale ouvrière* (SFIO). In den 1950er Jahren spielten Wahlen eine wichtige Rolle im Dekolonialisierungsprozess. Nach der Unabhängigkeit jedoch führte Léopold Sédar Senghor ein de facto Einparteiensystem der *Union progressiste sénégalaise* (UPS) ein, das sich Mitte der 1970er Jahre langsam öffnete (vorerst wurden nur drei Parteien zugelassen).

2012 war die Koalition der Opposition, Benno Bokk Yaakaar, entscheidend für den Wahlsieg des heutigen Präsidenten Macky Sall (Bild: senego.com 2015).



In der Folge dominierten zwei Parteien die politische Landschaft Senegals, der *Parti socialiste* (PS, früher UPS) und der *Parti démocratique sénégalais* (PDS, gegründet 1974). Darüber hinaus konnten mehrere linke und zumeist kommunistische Parteien die politische Debatte beeinflussen, insbesondere nach 1981, als Präsident Abdou Diouf (PS) ein uneingeschränktes Mehrparteiensystem zuließ. Zu ihnen gehören der *Parti africain de l'indépendance* (PAI), *Parti de l'indépendance et du travail* (PIT), *Ligue démocratique/Mouvement pour le parti du travail* (LD/MPT), *Rassemblement national démocratique* (RND) und *And-Jëf/Parti africain pour la démocratie et le socialisme* (AJ/PADS). Dennoch konnten sich Senghor und Diouf 40 Jahre an der Macht halten – auch mithilfe des «ndiggël», einer Wahlweisung durch die Marabouts der Muriden.

Susann Baller ist Historikerin und Postdoc Fellow am Departement Geschichte, respektive am Zentrum für Afrikastudien der Universität Basel. In ihrer Dissertation untersuchte sie Fussball und Jugendpolitik im Senegal seit 1950. Kontakt: susann.baller@unibas.ch

Der Parti socialiste gerät unter Druck

Vor allem junge Leute fochten die Wiederwahl der PS wiederholt an, besonders in den Jahren 1988 und 1993. In den späten 1990er Jahren verlor die Regierung zunehmend an Macht. Zwei Parteien spalteten sich ab: Djibo Leyti Kâs *Union pour le renouveau démocratique* (UDR) und Mustapha Niasses *Alliance des forces de progrès* (AFP). Die Marabouts sahen zudem von einem ndiggël ab, und eine breite Koalition von extrem linken Parteien bis zur liberalen PDS wurde unter dem Banner «SOP!» («Wandel» in Wolof) gebildet. Schliesslich wurde Abdoulaye Wade, lange als «ewiger Oppositionsführer» bezeichnet, in einer Stichwahl zum Präsidenten gewählt.

Wade, bereits über 70 Jahre alt, hatte sich als Kandidat der Jugend präsentiert. Doch schon bald nach seiner Wahl suchte er die Unterstützung der muridischen Marabouts. In der Bevölkerung waren viele von seiner willkürlichen Politik und der verbreiteten Korruption frustriert. Zuerst verliessen einige seiner Koalitionspartner die Regierung (oder wurden ausgeschlossen), so zum Beispiel die PIT und die LD-MPT. Zudem spalteten sich Parteimitglieder ab, wie Idrissa Seck mit seiner Partei *Rewmi* und der 2012 zum Präsidenten gewählte Macky Sall mit der *Alliance pour la République* (APR).

Zersplitterung, Koalition und Jugendproteste

In den letzten zehn Jahren wurden mehr und mehr Parteien gegründet. Seit 2011 wurden über achtzig neue Parteien registriert. Mit heute mehr als 250 Parteien für eine Bevölkerung von 14,5 Millionen (die Hälfte davon ist unter 18 Jahre alt), ist Senegal unter den Ländern Afrikas mit der grössten Zahl von Parteien. Beobachter rufen nach einer Beschränkung, denn mit nur drei Mitgliedern, etwas bürokratischem Aufwand und 2000 Francs CFA – in etwa CHF 3.35 – lässt sich eine Partei gründen. Sie beklagen, dass viele Parteien allein mit der Absicht gegründet werden, die Partei an der Macht zu unterstützen und dadurch einige Vorteile zu erlangen. Dies war bereits bei den Präsidentschaftswahlen von 2007 ein Problem, da die Opposition gespalten war.

2012 bildeten die wichtigsten Oppositionsparteien (APR, AFP, PS, Rewmi und weitere) eine Koalition, *Benno Bokk Yaakaar*, die sich in der Stichwahl hinter Macky Sall stellte und wenig später auch in den Parlamentswahlen eine massive Mehrheit gewann. Zusätzlich machten Jugendliche, die sich, angeführt von Aktivisten und Rapsängern, in der Bewegung «Y'en a marre» sammelten, klar, dass sie keine dritte Amtszeit von Wade tolerieren würden. So konnte zum zweiten Mal in der Geschichte Senegals die Opposition auf Basis demokratischer Wahlen an die Macht gelangen.

Politische Parteien leiden jedoch unter dem umgangssprachlich als «Transhumanz» apostrophierten Parteiwechsel von Politikern, die sich nach jeder verlorenen Wahl den neuen Machträgern anschliessen. Fast alle Parteien haben ihr ideologisches Profil verloren. Die Unterschiede zwischen PS, PDS und APR verwischen und manch ein Politiker, der einst seine Laufbahn in der PS begann, schloss sich später der PDS und schliesslich der APR an. Das hat die Oppositionsparteien geschwächt. Politischer Protest ist vielmehr Sache der Jugend und sozialer Bewegungen. ■

Tanzania

Noch ist der Durchbruch nicht gelungen

Seit 1992 hat sich in Tanzania eine reguläre Opposition zu der einstigen Einheitspartei gebildet. Sie umfasst heute 20 Organisationen, wobei es anscheinend nach wie vor keine ausserparlamentarische Opposition gibt. Die vier grössten Parteien schlossen sich 2014 zur UKAWA (Umoja wa Katiba ya Wananchi) zusammen, um im darauf folgenden Wahljahr gemeinsam einen aussichtsreichen Präsidentschaftskandidaten zu lancieren. Exzerpte aus einem Artikel von Rolf Paasch, Koordinator der Friedrich-Ebert-Stiftung in Tanzania, zeichnen die Geschicke der Opposition in diesen letzten Wahlen nach.

Wie anderenorts auch, gründet in Tanzania die Stärke der habituellen Einheitspartei *Chama cha Mapinduzi-Partei der Revolution* (CCM) auf einer jahrzehntelangen Verquickung von Staat und Partei. Das Resultat ist eine «Der-Staat-gehört-uns-Attitüde», mit der – vor allem in ländlichen Gebieten – alle Anfechtungen durch die Opposition wie eine lästige Einschränkung der eigenen Macht abgewiesen werden. Die CCM garantierte bisher eine in der Region beispielhafte politische Stabilität, allerdings um den Preis zunehmender Korruption und Reformunfähigkeit. [...]

Demgegenüber hat die Opposition, organisiert vor allem in den beiden Parteien CHADEMA (*Chama cha Demokrasia na Maendeleo, Party for Democracy and Progress*) und CUF (*Civil United Front*) besonders in den Städten auf allen Verwaltungsebenen stetig an Stimmen hinzugewonnen, stiess aber auch 2015 wieder an die Grenzen der semi-autoritären Strukturen des Staates und der demografischen Verfasstheit des Landes, in dem nach wie vor 75 Prozent der Bevölkerung auf dem Lande leben. [...]

Eigentlich hätten die Präsidentschaftswahlen von 2015 bei zwei vorliegenden Verfassungsentwürfen eine politische Richtungsentscheidung bringen können: die Koalition der vier grössten Oppositionsparteien (UKAWA, Umoja wa Katiba ya Wananchi) befürwortet den fortschrittlichen Entwurf der Verfassungskommission, der die enormen Vollmachten des Präsidenten einzuschränken sucht, während die CCM mit einem abgeschwächten Verfassungsentwurf auf die Erhaltung des Status quo der gegenwärtigen Verfassung von 1977 zielt. [...]

Gemeinsamer Präsidentschaftskandidat

Die vier Oppositionsparteien hatten 2014 als Reaktion auf ihre Niederlage im Verfassungsprozess beschlossen, bei den Wahlen 2015 erstmalig nur mit einem Kandidaten für das Präsidentschaftsamt und in den Wahlkreisen anzutreten. [...] Indem die Opposition mit Edward Lowassa ausgerechnet denjenigen Politiker als Kandidaten übernahm, der 2014 für die CCM massgeblich an der Sabotage der Verfassungsreform beteiligt gewesen war, stand aber auch sie nicht mehr glaubwürdig da für eine Wiederaufnahme dieser Verfassungsdiskussion. Durch die Aufstellung eines korrupten und Reformen ablehnenden ehemaligen Premierministers der Regierungspartei gab die Opposition ihren vormaligen Anspruch auf, eine politische Transformation des Landes anzustreben. [...]

Der 62-jährige Lowassa gilt als Begründer des sogenannten «Netzwerks» (mtandao), einer Fraktion einflussreicher Strippenzieher und Geschäftemacher in der CCM. Allerdings hatte er sich als Premierminister

auch den Ruf eines effektiven Managers erworben, der in der Bevölkerung durchaus populär war. [...] Sein Wechsel ins gegnerische Lager und seine Akzeptanz durch die Opposition schien die politische Dynamik des Landes zunächst völlig zu verändern. Eine Reihe prominenter Politiker und Politikerinnen auf allen Ebenen der CCM wechselten gemeinsam mit ihm ins Oppositionslager und spalteten damit die Regierungspartei. Zudem führte dieser Schritt zum Rücktritt einiger hoher Funktionäre von CHADEMA und CUF, die ihre Glaubwürdigkeit als Reformer bewahren wollten. [...]

Stattdessen kürte die CCM auf ihrem Parteitag im August 2015 mit dem völlig unbescholtenen John Pombe Magufuli überraschend einen Präsidentschaftskandidaten, der keiner der parteiinternen Fraktionen angehörte und dessen Karriere als hart arbeitender Bauminister in markantem Gegensatz zu der des abgelehnten Anwärters Lowassa stand. Bei den Präsidentschaftswahlen schlug Magufuli dann den ehemaligen Premierminister, den die Opposition aufgrund seiner vermeintlichen Popularität aufgestellt hatte. [...]

Generationenwechsel eingeleitet

Obwohl sich die Mehrheitsverhältnisse im Parlament nur unwesentlich zugunsten der Opposition verändert haben, war dies eine Wahl gegen das Establishment. Allerdings wurden im Verlauf der Stimmzählung alternative Berechnungen der Wahlergebnisse durch Opposition und Zivilgesellschaft mit Polizeigewalt verhindert! Bei den Parlamentswahlen verloren zahlreiche langjährige Minister und Ministerinnen und Vertreter des Establishments ihre Wahlkreise. Selbst in einigen konservativen Gegenden konnten junge, weibliche Kandidatinnen überraschende Erfolge erzielen. Der Wunsch der Bevölkerung nach Wandel, den beide Präsidentschaftskandidaten während des Wahlkampfes aufnahmen, lässt sich, jenseits der Parteizugehörigkeit, an der Zusammensetzung des neuen Parlaments ablesen, das jünger und weiblicher geworden ist. Hier wurde von den Wählern und Wählerinnen ein Generationswechsel eingeleitet. [...]

Rolf Paasch ist seit 2013 Landesvertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Tanzania. Die obigen Exzerpte stammen aus seinem Artikel «Rebranding oder Reform», der im Oktober 2015 in den FES-Perspektiven erschien. Kontakt: info@fes-tanzania.org
Siehe auch den Beitrag unter Afrika in Kürze auf Seite 13 zur Wahl in Sansibar.

Nigerias Senat gegen gleiche Rechte für Frau und Mann

In Nigeria lehnte der Senat einen Entwurf für ein Gleichstellungsgesetz ab. Argumentiert wurde unter anderem, dass dies nicht mit der islamischen Gesellschaftsordnung und ebenso wenig den biblischen Anweisungen vereinbar wäre, aber wegwerfend wurde auch angeführt, dass in Nigeria alle Menschen Rechte hätten. Es ging beim «Gender and equal opportunity act» um die Besser- resp. Gleichstellung der Frauen in Ehe, Erbschaft und Bildung. Die städtischen Frauen vor allem des Südens beschwerten sich, dass die männlichen Nutzniesser Gesetzgeber sein können und haben eine Petition zur Wiedererwägung des Gesetzes gestartet. ■

Unsichtbarer Protest gegen fünfte Wiederwahl

Einen Monat vor dem Wahltag wurde im Tschad über die sozialen Medien eine neue Art von Kampagne gegen die fünfte Wiederwahl von Idriss Deby ins Präsidentenamt aufgezo- gen. Deby ist seit 1990 im Amt. Da es offensichtlich nicht ungefährlich ist, öffentlich zu protestieren, hat die aus zivilgesellschaftlichen Organisationen bestehende Koalition «Enough is enough» dazu aufgerufen, zu vorbestimmten Zeiten im Schutze der eigenen Behausung kräftig eine Trillerpfeife zu blasen. Die Sprecherin der Koalition führte aus, dass diese gleichzeitig gegen Ungerechtigkeit, Straflosigkeit, Nepotismus, Korruption, die Zensur und die Unterschlagung öffentlicher Mittel protestiert. ■

Deutliche Worte zur West-Sahara-Besetzung

Das Referendum, das zahlreiche Unterstützungskomitees für die Selbstbestimmung der Sahraouis anlässlich des 40-jährigen Jubiläums der in die algerische Wüste zurückgezogenen Republik bei der UNO eingaben, sowie das bahnbrechende Urteil des Europäischen Gerichtshofes gegen das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Marokko (weil das Abkommen die West-Sahara einschloss) haben etwas bewirkt. Im Februar stattete UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon den Lagern in der Sahara einen offiziellen Besuch ab und bezeichnete dabei die marokkanische Übernahme der ehemals spanischen Kolonie als Besetzung. Marokko liess es bei einem Protest nicht bewenden, sondern droht, seine etwa 2300 in UN-Friedensmissionen engagierten Soldaten abzuziehen. Eine Million Protestierende demonstrierten nach marokkanischen Angaben in Rabat. Und auch in Laayoune, der Hauptstadt der West-Sahara, sollen 200 000 zugunsten der marokkanischen Regierung aufmarschiert sein. Abgesehen von der hohen Einwanderungsquote von Marokkanern in den vergangenen Jahrzehnten, blüht die West-Sahara heute wirtschaftlich – wenn auch meist nicht zugunsten der dort verbliebenen Sahraouis. ■

Vom Terror sind alle betroffen

Seit es nicht nur in Bamako, sondern auch in Ouagadougou und Côte d'Ivoire zu Terroranschlägen kam, müssen sich die Länder Westafrikas zunehmend um eine regionale Strategie bemühen. Das Muster des Auftauchens der Terrorereignisse muss erforscht werden: Man hält die jetzt meist auf Hotels und Touristenorte zielenden Attacken der Al-Qaeda in the Islamic Maghreb (AQIM) – der mit Al-Kaida alliierten Terrororganisation – eigentlich für deren «Abstecken» ihres regionalen Anspruchs gegenüber dem Islamischen Staat (IS). Möglicherweise geht es dabei auch um die Verteidigung der Schmuggelrouten, auf denen Kokain und Waffen verschoben werden, d. h. um die Sicherung der materiellen Basis! AQIM agierte dabei als Verbündeter weiterer Gruppen, die alle in Konkurrenz zum IS stehen. Mit dem IS verbündet ist die Sekte Boko Haram, die weiter östlich im Grenzgebiet zwischen Nigeria, Tschad und Kamerun agiert. Frankreich plant infolge der wiederholten Attentate, eine spezielle Polizeitruppe in Ouagadougou einzusetzen, um betroffene Länder und Orte zu beraten, sowie um Gegenstrategien zu koordinieren. ■

Sansibars konfliktreiche Wahl

Aufgrund seines semi-autonomen Status innerhalb der Konföderation mit Festland-Tanzania werden in Sansibar jeweils die Vertreter sowohl für das nationale Parlament als auch für die eigene Kammer gewählt, ebenso sowohl der Präsident der Föderation als auch der sansibarische. Diese Wahlen verliefen zumeist turbulent, doch nachdem seit 1992 weitere Parteien neben der Einheitspartei Chama cha Mapinduzi (CCM) zugelassen sind, haben sich die Streitigkeiten vermehrt. Die Oppositionspartei Civic United Front (CUF) ist in Sansibar bedeutend, und viele Beobachter und Beobachterinnen gehen davon aus, dass die CUF ohne Manipulation der Wahlergebnisse eigentlich schon längst die Mehrheit der Stimmen hätte. 2001 war es nach dem umstrittenen Wahlsieg der CCM zu Ausschreitungen gekommen, bei denen 40 Menschen starben. 2010 lag die Mehrheit der CCM bei nur noch 50,1 Prozent. Seitdem regieren die beiden Parteien in einer per Verfassungsänderung beschlossenen Regierung der nationalen Einheit (GNU). Nachdem sich bei der Wahl vom vergangenen Oktober der CUF-Kandidat bereits zum Sieger erklärt hatte, annullierte der Chef der Zentralen Wahlkommission die Resultate «aufgrund von Unregelmässigkeiten und Handgreiflichkeiten in der Kommission». Die meisten politischen Beobachter vermuten, dass die Stimmenauszählung einen Wahlsieg der CUF belegte! Entgegen der von der internationalen Staatengemeinschaft unterstützten Forderung der CUF auf eine Neuauszählung, ist nun auf den 20. März 2016 ein neuer Wahlgang angesetzt. Die CUF hat sich bereits zu einem Boykott entschlossen. Es ist aber kaum wahrscheinlich, dass Sansibar einen damit leichtgewordenen Sieg der CCM tolerieren wird. ■

Ernährungssicherheit in grosser Gefahr

Gemäss einer Studie des International Center for Tropical Agriculture droht in der Sahel-Zone aufgrund des Klimawandels allmählich ein Aus für bis zu 50 Prozent der jetzt gebräuchlichen Anbauprodukte. Mais und Bananen drohen schon vor 2050 aus dieser Palette zu verschwinden. Dabei haben die Investitionen der Bill und Melinda Gates-Stiftung und zahlreicher weiterer Donatoren (darunter auch die DEZA) in die Erforschung Trockenheits-resistenter Sorten noch ermutigende Resultate erbracht. Da dieses Projekt aber gerade zum Abschluss gekommen ist, fragt sich, wie mit der vorgeschlagenen Semi-Privatisierung (Public-Private Partnership) die Weiterverteilung des verbesserten Hybrid-Saatgutes aufgeleitet werden wird. Da das Projekt auch afrikanische Fachleute für die Herstellung von Hybrid-Saatgut auszubilden, wäre zu hoffen, dass sich ein Netz von regionalen Lieferanten aufbauen liesse – und nicht internationale Saatgutfirmen den Markt monopolisieren. Die noch ungenügenden Verteilerstrukturen führen allerdings in einem anderen Artikel zur Bemerkung, dass erst 2,5 Prozent des Saatgutes in Afrika von globalen Saatgutfirmen stammen. ■

Ökonomisches Partnerschaftsabkommen EU–Afrika

Nach zwölfjährigen Verhandlungen wurde kürzlich das Ökonomische Partnerschaftsabkommen (EPA) zwischen der EU und Afrika abgeschlossen. In Abweichung von den vielfältigen Bedenken europäischer Kritiker kommt eine Studie der Heinrich Böll-Stiftung zum Schluss, dass die afrikanischen Partnerstaaten recht wacker auf ihren Einschränkungen eines generellen Freihandels beharren konnten. Die Bewegung zu mehr regionaler Integration sei durch das Abkommen nicht behindert und die Möglichkeit zu einer regionalen oder nationalen Wirtschaftspolitik nicht zunehmend eingeschränkt. Dazu gehören u. a. die Steuerung von Importen, nationale bzw. regionale Agrar- und Industriepolitik, die Förderung nationaler Unternehmen, Exportsteuern und Subventionen für Rohstoffe, um die lokale Verarbeitungstiefe zu steigern. Diese und ähnliche Massnahmen sind notwendig, um den Aufbau nationaler bzw. regionaler Verarbeitungsindustrien und deren «Aufstieg» innerhalb globaler Verarbeitungsketten zu fördern. Allerdings: «Die Herausforderungen einer Implementierung ... sind kaum kleiner geworden! Der verteidigte Spielraum muss nun auch genutzt werden», sagt der Evaluator – wobei sich dieser Spielraum nur in komplizierten Klauseln ausdrückt, und viele afrikanische Länder von Entwicklungshilfe abhängig und damit erpressbar sind. Das Caveat liege für die Afrikaner in TTIP und CETA, den geheimen Handelsabkommen zwischen Nordamerika und Europa: Es könnte soweit kommen, dass die Afrika gewährten Handelspräferenzen in Zukunft nutzlos würden, weil nordamerikanische Importe deren Güter ersetzen könnten. Fair wäre es, wenn auch die Afrikaner Einsitz in die Kommissionen nehmen könnten, die zur Zeit TTIP und CETA aushecken. ■

Literatur

Buchbesprechungen

Perlen zeitgenössischer Belletristik

Im Frühjahr 2010 startete der Heidelberger Verlag Wunderhorn die Buchreihe AfrikaWunderhorn mit zeitgenössischer afrikanischer Literatur, in der pro Jahr zwei bis drei Titel erscheinen. Herausgeberin der Reihe ist die Literaturwissenschaftlerin Indra Wussow, die seit vielen Jahren mit afrikanischen Künstlerinnen und Künstlern arbeitet. In der Reihe sind schon einige Perlen afrikanischer Belletristik erschienen, wie zum Beispiel «Das Leuchten von Morgen» von Ishmael Beah.

Einige Jahre nach dem Bürgerkrieg, der zwischen 1991 und 2002 in Sierra Leone über 70 000 Menschen das Leben kostete und über zwei Millionen aus ihrer Heimat vertrieb, kehren Überlebende in das Dorf Imperi zurück. Den Anfang machen zwei der Ältesten, die sich der herzzerreissenden Aufgabe widmen, die Knochen der Verstorbenen zusammenzutragen, damit den anderen Heimkehrenden dieser Anblick erspart bleibt. Nach und nach finden weitere Bewohner den Weg zurück – Täter und Opfer, Kinder und Eltern, und alle müssen sich im vom kriegsgeschüttelten Gestern überschatteten Heute zurechtfinden.

Die kleine Gemeinschaft wächst zusammen, die Schule wird wieder eröffnet, Freundschaften entstehen, Hoffnung glimmt auf – die auch auf der Kraft der Verdrängung basiert, dem Verschweigen der Gräueltaten, denn über den Krieg spricht man nicht: Die Alten flüchten in die Traditionen der Vergangenheit, die Jungen suchen nach einer Zukunft, die vom Gestern nicht erdrückt wird. Und das Leben geht tatsächlich weiter, Menschen verlieben sich, empfinden Freude, sind energiegeladener. Doch dann greift der westliche Arm des Kapitalismus nach Imperi, «einem elenden Ort, in dessen Erde Wertvolles steckt.»

Ein Bergbauunternehmen zerstört die Natur, mit der die Menschen hier eng verbunden sind; die Männer sind gezwungen, in den Minen zu arbeiten, Frauen prostituieren sich. Viele verlassen das Dorf, wieder wird ihnen ein Lebensweg aufgezwungen. Und doch bleibt als Hoffnung das «Leuchten von Morgen».

Im letzten Jahr erschien der Roman «Way Back Home» des südafrikanischen Schriftstellers Niq Mhlongo. Erfolgreiche Karrieren, Kontakte zur Politik, ein Leben im Luxus – Kimathi und seine Freunde scheinen nach gemeinsamen Jahren im Exil in Tanzania und Angola, wo sie der bewaffnete Kampf gegen die Apartheid einte, ihr Ziel erreicht zu haben. Seit der Rückkehr nach Johannesburg 1994 genießen sie, worauf sie Lust haben: Frauen, Autos, Alkohol, Luxusuhren, Designerkleidung. Als eingeschworene Kampfgenossen schancen sie sich im neuen Südafrika grosse Aufträge und Jobs zu.

Doch Kimathi Titos Welt hat Risse, seine Ehe ist kaputt, auch geschäftlich wird die Verlässlichkeit der Freunde immer fragwürdiger. Verräter in den eigenen Reihen? Durch diese äusseren Risse sickern Visionen, Träume, Angstzustände. In rätselhaften Frauengestalten begegnet ihm ein Geist, der zunehmend Macht über sein Leben erlangt. Mit der Hilfe eines traditionellen Heilers will ihn Kimathi loswerden. Gemeinsam reisen sie in ein früheres Gefangenenlager nach Angola, um dort den Geist der ihn peinigenden Frau zu befreien. Sie finden, was sie suchen – und doch sieht die Lösung völlig anders aus als erwartet.

Niq Mhlongo verschränkt die Erzählung von Kimathis Leben mit Rückblicken auf die Exilzeit, in der mörderische Angriffe, Folterverhöre und Machtexzesse an der Tagesordnung waren. Ihre Traumata reichen bis in die Gegenwart, im Leben jedes einzel-

nen und der Gesellschaft. In welchem Verhältnis stehen unbedingter Gehorsam und Verantwortung zueinander, Loyalität und Verrat, wer ist Opfer, wer ist Täter? Wer spielt welche Rolle, damals und heute? Niq Mhlongo steigert die Spannung bis zur letzten Seite. ■

Ishmael Beah: Das Leuchten von Morgen. Heidelberg 2015 (Verlag Wunderhorn).
Niq Mhlongo: Way Back Home. Heidelberg 2016 (Verlag Wunderhorn).

Den Regierenden die Augen öffnen

red. Als Malaika Wa Azania 1991 in Soweto zur Welt kommt, liegt der Wandel in der Luft. Ihre Mutter und ihre Grossmutter haben noch wie so viele unter der Apartheid gelitten, aber jetzt, jetzt bricht eine neue Ära an. Nelson Mandela ist gerade aus dem Gefängnis frei, und nie wieder sollen die Schwarzen in Südafrika Fremde in ihrer eigenen Heimat sein.

Doch die Umstände, unter denen Malaika aufwächst, sind hart. Zwar ist ihre Generation in Freiheit geboren. Aber die sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Schwarzen und Weissen sind immer noch drastisch, und der Weg durch das Schulsystem bis an die Universität ist selbst für ein kluges Mädchen steinig, wenn es schwarz ist und im Township lebt.

Und so erzählt sie nun, Anfang zwanzig, ihre persönliche und zugleich sehr politische Geschichte. Sie will den Mächtigen in ihrem Land die Augen öffnen, wie das Leben im Township wirklich ist. Erklären, wie es sich anfühlt, den Raum zu betreten, der vormalig Weissen vorbehalten war. Sie schreibt in der Hoffnung auf ein wahrhaft freies Südafrika. Emotional und kämpferisch – die starke Stimme einer neuen Generation. ■

Malaika Wa Azania: Born Free – Mein Leben im Südafrika nach der Apartheid. Zürich 2016 (Rotpunkt Verlag).



Buchbesprechungen

Appell gegen das Vergessen
bfr. Während des Genozids in Ruanda entkam Englebert einem der schlimmsten Massaker. 20 Jahre später erzählt er vom Überleben und vom Leben danach.

Englebert Munyambonwa, ein 66-jähriger Tutsi, durchstreift die Strassen und Kneipen von Nyamata im Süden Ruandas. Er wolle sich nicht mehr erinnern und doch erzählt er dem französischen Journalisten von einem Leben voller Brüche und Neuanfänge, den ersten Verfolgungen durch Hutu in den 1960er Jahren und von den Hoffnungen junger afrikanischer Intellektueller. Englebert flieht mit seiner Familie vor dem Hass zwischen Hutu und Tutsi. Und immer wieder kehren sie zurück, bis zum Massaker von Nyamata, bei dem 1994 mehr als 45 000 Menschen niedergemetzelt werden. Englebert überlebt in den Sümpfen, vier Wochen lang, jeden Tag aufs Neue bedroht.

Der französische Journalist Jean Hatzfeld hat sich der Aufarbeitung des Genozids in Ruanda verschrieben. Bei seinen Recherchen in Nyamata lernte er auch Englebert kennen. Nun leiht er ihm seine Stimme. Entstanden ist ein erschütterndes Porträt eines Lebens und der ausweglosen Flucht vor der Erinnerung. Ein Appell gegen das Vergessen. ■

Jean Hatzfeld: Plötzlich umgab uns Stille. Berlin 2016 (Wagenbach).

Neue CDs



Von Ostafrikas Inseln bis zum Sahel

Seit Jahrzehnten macht sich der Forscher, Sammler und Produzent Werner Graebner um die Musik Ostafrikas verdient, besonders den Taarab von Zanzibar. Diese wundervolle Mischung aus afrikanischem Gitarrensound, Geigenklängen, arabischen und indischen Elementen, sowie Akkordeon-Musik der Seeleute, ist eine Musik wie sie nur in der jahrhundertelangen Begegnung verschiedenster Kulturen entstehen konnte. Noch heute wird auf Zanzibar in eigentlichen Musiklokalen Taarab gepflegt. Darum ist bei allen Bands, besser gesagt Orchestern, mit einer langen Geschichte der Zusatz Musical Club anzutreffen.

Seit 2004 ist Graebner Herausgeber der empfehlenswerten und mit viel Liebe zusammengestellten Reihe Zanzibara beim französischen Label Buda Musique. Jede CD widmet sich einer bestimmten Szene, Sängerin oder Sänger, einem Musical Club oder einer wegweisenden Band. So ist die Diva der Zanzibari Musik Bi Kidude genauso vertreten wie Rajab Suleiman & Kithara, das über hundertjährige Taarab-Orchester Ikhwani Safaa Musical Club, aber auch besondere Küstenmusik aus Dar es Salaam oder Mombasa. Eine oft mitreisende Musik mit einigen Sängerinnen und einer grossen Anzahl von Instrumenten.



Die Reihe Zanzibara spürt die ganze Vielfalt populärer Swahili-Musik auf. Die gerade erschienene Kompilation Zanzibara 9 stellt uns Mbaraka Mwinshehe mit seinem Orchestre Super Volcano vor. Auf Masika ist pulsierende und frische Musik aus dem Tanzania der 1970er Jahre zu hören. Hier gibt es starke Bläsesätze und virtuoses Gitarrenspiel verbunden mit unverkennbaren, mehrstimmigen Gesängen. Ein wahrlich zauberhaftes Gemisch. Immer wieder dringt der besonders im Kongo stark vertretene Rumba-Rhythmus durch. Handfeste, vielfältige und überraschende Musik.

Einen völlig anderen Musikstil pflegt die sehr aktive und engagierte Sängerin Rokia Traoré aus Mali. Hier treffen europäische und afro-amerikanische Einflüsse auf westafrikanische Griot-Tradition. «Né So» heisst ihr neues Werk. Darauf gibt es auch Lyrik der afro-amerikanischen Schriftstellerin Toni Morrison zu hören und kämpferische Texte zu einer neuen Generation afrikanischer Frauen. Musikalisch mit einer Mandoline ist auch Led Zeppelin-Mitbegründer John Paul Jones dabei. Nicht zu überhören eine Version des in die Knochen fahrenden politischen Songs Strange Fruit der grossen Jazz-Sängerin Billie Holiday. Der abschliessende Song Né So ist ein eindrücklicher Text zu Flucht, Migration und Gewalt. Rokia Traoré ist eine immer wieder überraschende, mitreisende Stimme des heutigen Afrikas. ■

Zanzibara 9. Mbaraka Mwinshehe & Orchestra Super Volcano: Masika 1972–1974. 13 Tracks. Buda Musique.

Rokia Traoré: Né So. 11 Tracks. Nonesuch Records.

Die Besprechung verfasste Pius Frey. Bezugsadresse für CDs: Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St. Gallen. medien@comedia-sg.ch. www.comedia-sg.ch, mit umfassendem Angebot aktueller CDs mit Musik aus Afrika.



«Was Werden Wird» – Erwachsenwerden in Westafrika und der Schweiz

Eine Ausstellung im Museum der Kulturen Basel befasst sich mit Lebensentwürfen und Zukunftsvorstellungen von jungen Erwachsenen in Burkina Faso, Mali und der Schweiz. Sie ist Teil eines Forschungsprojekts am Zentrum für Afrikastudien der Universität Basel.

Im Fokus des Projekts «Longing for the Future» stehen Lebensentwürfe junger Universitätsabsolventen in Westafrika. «Unsere Forschung befasst sich damit, wie sich Jugendliche nach dem Studium ihre Zukunft vorstellen und gestalten», erklärt Projektleiterin Noemi Steuer. «Wir haben Jungdiplomierte in Mali und Burkina Faso über mehrere Jahre begleitet und in regelmässigen Abständen interviewt. Im Zentrum stand die Frage, wie sie mit beruflichen und sozialen Unsicherheiten umgehen und was sie unternehmen, um ihre Ziele zu erreichen.»

In der Ausstellung «Was Werden Wird» in Basel macht Steuer, zusammen mit der Projektkoordinatorin Michelle Engeler, ihre Forschungsergebnisse einem breiten Publikum zugänglich. Ausgangslage sind Lebensläufe junger Erwachsener, die im Kontext der ethnologischen Forschung entstanden sind. Fotostudierende aus Mali und der Schweiz sowie Theaterschaffende aus Burkina Faso und Deutschland nutzten die Biographien als Inspirationsquelle für ihre Arbeiten und übertrugen sie in ihren kulturellen Kontext.

Die audiovisuelle Installation vermittelt den Besuchenden Einblick in die Gefühls- und Gedankenwelten der Jugendlichen und regt damit zur Reflexion und Diskussion über das Erwachsenwerden in verschiedenen Gesellschaften an. Zwei Audiowalks führen die Zuschauer durch die Ausstellung: «Die fotografischen Elemente der Fotoschüler aus Bamako und Zürich werden

mit Interviewpassagen aus dem Forschungsprojekt und authentischen Tondokumenten verknüpft», sagt Steuer.

Das Projekt «Longing for the Future», das über das Agora-Förderinstrument vom Schweizerischen Nationalfonds finanziert wird, schlägt Brücken: zwischen Forschung und der breiten Öffentlichkeit einerseits, aber auch zwischen jungen Erwachsenen in Westafrika und der Schweiz. «Uns war es wichtig, Plattformen zu schaffen, die junge Menschen über nationale Grenzen hinweg miteinander in Kontakt bringen», sagt Michelle Engeler. Vier der jungen Studierenden aus Bamako waren bei der Vernissage am 10. April 2016 in Basel anwesend. In verschiedenen Workshops konnten sie sich mit Studierenden der Universität Basel und den Projektpartnern in Zürich austauschen. ■

Details zur Ausstellung

«Was Werden Wird»

Die Ausstellung im Museum der Kulturen Basel am Münsterplatz 20 läuft noch bis 25. September 2016, wobei die Audio Walks nur bis 5. Juni 2016 angeboten werden.
www.longingforthefuture.ch